

MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

104. Ministerrat

3. Juli 2024

1. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 14. Juni 2024, mit dem ein Beschluss betreffend „Änderung Eisenbahngesetz 1957 zur gemeinsamen Nutzung von Anschlussbahnen durch mehrere Unternehmen“ vorgelegt wird.
2. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 23. Juni 2024, mit dem ein Beschluss betreffend „Verkehrsüberwachung; Verfolgung von Rasern aller Nationalitäten“ vorgelegt wird.
3. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 14. Juni 2024, mit dem ein Beschluss betreffend „Verkehrsüberwachung; Strafgeldwidmung auf Landesstraßen B“ vorgelegt wird.
4. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 24. Juni 2024, mit dem ein Beschluss betreffend „Gasspeicherumlage in Deutschland“ vorgelegt wird.
5. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 24. Juni 2024, mit dem ein Beschluss betreffend „Erneuerbares Gas (Grünes Gas); Gewährleistung der Versorgungssicherheit durch Diversifizierung der Gasversorgung“ vorgelegt wird.
6. Schreiben des Amtes der Vorarlberger Landesregierung vom 17. Juni 2024, mit dem ein Antrag betreffend „Kinder.Essen.Körog – Evaluierung und weitere Ausrollung vorbereiten“ vorgelegt wird.
7. Schreiben des Amtes der Vorarlberger Landesregierung vom 18. Juni 2024, mit dem eine EntschlieÙung betreffend „Steuerbefreiungskausale Aufteilung von Betriebskosten für eine treffsichere Grundsteuerbefreiung innerhalb der Eigentümergemeinschaften von Wohnungseigentümer:innen“ vorgelegt wird.
8. Schreiben des Amtes der Vorarlberger Landesregierung vom 18. Juni 2024, mit dem eine EntschlieÙung betreffend „Wahlrecht für EU-Bürgerinnen und EU-Bürger bei Landtagswahlen“ vorgelegt wird.
9. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 26. Juni 2024, mit dem ein Resolutionsantrag betreffend „Erhöhung des Pflegegeldes zum Ausgleich des Kaufkraftverlustes“ vorgelegt wird.
10. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Juni 2024, mit dem ein Beschluss vom 23. Mai 2024 betreffend „dringendes Notfallpaket in den Bereichen Gesundheit, Soziales, Wirtschaft Asyl und Migration“ vorgelegt wird.

11. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Juni 2024, mit dem ein Beschluss vom 23. Mai 2024 betreffend „Maßnahmenpaket angesichts steigender Fallzahlen bei Tatverdächtigen im Alter von zehn bis unter 14 Jahren“ vorgelegt wird.
12. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Juni 2024, mit dem ein Beschluss vom 23. Mai 2024 betreffend „Vordienstzeiten Neu“ vorgelegt wird.
13. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Juni 2024, mit dem ein Beschluss vom 23. Mai 2024 betreffend „Schluss mit Parteispenden und Wahlkampfkostenüberschreitung“ vorgelegt wird.
14. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Juni 2024, mit dem ein Beschluss vom 23. Mai 2024 betreffend „fehlende Gesamtstrategie der Bundesregierung gegen den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften“ vorgelegt wird.
15. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Juni 2024, mit dem ein Beschluss vom 23. Mai 2024 betreffend „Leistbaren Wohnbau“ vorgelegt wird.
16. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg vom 14. Juni 2024, mit dem zwei Anträge der Kammervollversammlung vom 4. Juni 2024 vorgelegt werden.
17. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg vom 14. Juni 2024, mit dem ein Antrag betreffend „Verbot der Herstellung und des Imports von Laborfleisch“ der Kammervollversammlung vom 4. Juni 2024 vorgelegt wird.
18. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg vom 25. Juni 2024, mit dem mehrere Anträge der Kammervollversammlung vom 4. Juni 2024 vorgelegt werden.
19. Schreiben LH von Kärnten vom 14. Juni 2024, mit dem ein Beschluss vom 6. Juni 2024 betreffend „Überarbeitung des Hilfspaketes für Gemeinden und Städte 2024 und Neuverhandlung des FAG“ vorgelegt wird.
20. Schreiben LH von Kärnten vom 14. Juni 2024, mit dem ein Beschluss vom 6. Juni 2024 betreffend „faire Netzkosten für die Energieversorgung aller BürgerInnen in allen Regionen Österreichs“ vorgelegt wird.
21. Schreiben der GÖD AHS Gewerkschaft vom 21. Juni 2024, mit dem die Beschlüsse der Bundesleitung AHS vom 17. Juni 2024 vorgelegt werden.
22. Schreiben der GÖD AHS Gewerkschaft vom 25. Juni 2024, mit dem die Beschlüsse der Bundesleitung AHS vom 12. März 2024 sowie 17. Juni 2024 vorgelegt werden.
23. Schreiben des Bürgermeisters von Spital am Pyhrn vom 11. Juni 2024, mit dem ein Beschluss vom 11. Juni 2024 betreffend „Verpflichtende Lebensmittelherkunftsbezeichnung“ vorgelegt wird.

24. E 373-NR/XXVII.GP vom 12. Juni 2024 betreffend „Ratifizierung der ILO Konvention 190 gegen Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt“.
25. E 374-NR/XXVII.GP vom 12. Juni 2024 betreffend „Rückkehr entführter ukrainischer Kinder“.
26. E 375-NR/XXVII.GP vom 12. Juni 2024 betreffend „Ratifizierung des Übereinkommens des Europarats gegen den Handel mit menschlichen Organen (SEV Nr. 216)“.
27. E 376-NR/XXVII.GP vom 12. Juni 2024 betreffend „Hubschrauberstationierung im Bundesgebiet“.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 12. Juni 2024

betreffend der Ratifizierung der ILO Konvention 190 gegen Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, die Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien sowie die Bundesministerin für Justiz, werden dazu ersucht dem Nationalrat die Ratifizierung des ILO-Übereinkommens Nr. 190 vorzulegen.

Entschließung

des Nationalrates vom 12. Juni 2024

betreffend Rückkehr entführter ukrainischer Kinder

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, wird ersucht, sich weiterhin auf internationaler Ebene für die Rückführung entführter Kinder, unter anderen durch die Unterstützung der „Internationalen Koalition zur Rückkehr ukrainischer Kinder“ sowie lokaler Vereine, einzusetzen und auch auf europäischer Ebene dafür einzutreten.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 12. Juni 2024

betreffend Ratifizierung des Übereinkommens des Europarats gegen den Handel mit menschlichen Organen (SEV Nr. 216)

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Justiz, wird aufgefordert, die innerstaatlichen Voraussetzungen zur Ratifizierung des Übereinkommens des Europarats gegen den Handel mit menschlichen Organen (SEV Nr. 216) zu schaffen und dem Nationalrat die notwendigen Vorlagen zur Ratifizierung vorzulegen.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 12. Juni 2024

betreffend Hubschrauberstationierung im Bundesgebiet

Die Bundesregierung, und insbesondere die Bundesministerin für Landesverteidigung wird aufgefordert, die Planungen zur Stationierung der künftigen Hubschrauberflotte des Bundesheeres betreffend eine optimale Verteilung durch Berücksichtigung insbesondere der militärischen Notwendigkeiten, Infrastruktur und Logistik sowie Kosten und künftig zu erwartender Assistenzleistungen zu evaluieren und das Ergebnis dem Nationalrat zuzuleiten.